

(Friedrich Schepsmeier [SPD])

- (A) Wir können deutlich sagen: In Nordrhein-Westfalen hat Bildung Priorität. Die Landesregierung tut ihren Anteil, um Unterrichtsausfälle zu vermeiden. Lassen Sie uns auf diesem Weg weitergehen und uns nicht beeindrucken durch derartige Querschüsse wie diesem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Schepsmeier. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir **stimmen ab** über die **Überweisung des Antrages Drucksache 12/3988 an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung**, wo dann die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung stattfinden soll. Wer ist einverstanden mit diesem Überweisungsvorschlag? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Es ist einstimmig so **beschlossen.**

Ich rufe auf:

- (B) **5. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3972
erste Lesung

Zur **Einbringung** durch die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Finanzminister Schleißer.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hiermit lege ich den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1999 vor. Durch erst nach der Verabschiedung des Haushaltes bekanntgewordene Sachverhalte hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Haushalts-

plan des Landes zu ändern, ohne daß wir Abstriche am Konsolidierungskurs machen. (C)

Mit dem Nachtragshaushalt ergeben sich für das laufende Haushaltsjahr folgende Eckdaten: Die Ausgaben betragen 91,6 Milliarden DM. Das sind rund 300 Millionen DM mehr als bisher. Diesem Ausgabenzuwachs entsprechen auf der Einnahmeseite die sich aus der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres ergebenden Steuermehreinnahmen. Die Steuereinnahmen können um 300 Millionen DM auf rund 71,2 Milliarden DM angehoben werden.

Die im einzelnen vorgenommenen Korrekturen setzen auch die strukturellen Änderungen durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2002 und seine beiden Vorschaltgesetze um.

In den ersten Monaten des Jahres haben sich die Steuereinnahmen deutlich besser entwickelt, als ursprünglich erwartet wurde. Allerdings muß ich für den weiteren Verlauf des Jahres sagen: Vor übertriebenem Optimismus wird gewarnt. Man kann die Zuwachsraten der ersten Monate nicht ohne weiteres auf das Jahr hochrechnen.

Neben einem Sondereffekt bei der Kapitalertragsteuer haben sich im bisherigen Ergebnis auch sogenannte Vorzieheffekte niedergeschlagen. Im Hinblick auf die Diskussion über die Steuerreform sind einzelne Geschäfte auf Ende 1998 vorgezogen worden, was sich kassenmäßig im Steueraufkommen des ersten Quartals 1999 niedergeschlagen hat. Vor diesem Hintergrund war der Haushaltsansatz Steuern 1999 zu restriktiv kalkuliert. Das belegt auch die Steuerschätzung des letzten Monats. Für 1999 zeigt der Arbeitskreis Steuerschätzung Mehreinnahmen auf, die zum Teil auch in Nordrhein-Westfalen kassenwirksam werden. (D)

Deutlich erholt hat sich die veranlagte Einkommensteuer. Die nicht veranlagte Steuer vom Ertrag baut bisher - wenn auch aufgrund einer Sonderentwicklung - das hohe Niveau des Vorjahres weiter aus.

Auch im Bereich der Landessteuern verläuft die Entwicklung positiv. Insbesondere die nachlaufende Vermögensteuer bringt höhere Einnahmen als veranschlagt, und die Grunderwerbsteuer konnte die bereits hohen Einnahmen des Vorjahres noch einmal übertreffen.

Das alles gilt allerdings nur für das Jahr 1999. Ab 2001 muß mit deutlichen Mindereinnahmen gerechnet werden.

(Minister Heinz Schließer)

- (A) Die Steuereinnahmenverteilung ist wie folgt: Zur Deckung von zwangsläufigen Mehrausgaben werden 120,3 Millionen DM verwendet. Auf das Gemeindefinanzierungsgesetz entfallen 55 Millionen DM. Die Differenz von 124,7 Millionen DM wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Mit der Zuführung dieser rund 125 Millionen DM zur allgemeinen Rücklage treffen wir Vorsorge, um Haushaltsverschlechterungen künftiger Haushaltsjahre ausgleichen zu können. Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen ab 2001 und des derzeitigen Zinsniveaus, das einen historischen Tiefstand erreicht hat, ist die Rücklagenbildung wirtschaftlich nicht nur sinnvoll, sondern auch geboten.

Die Nettokreditemächtigung wurde nur geringfügig zurückgeführt. Dieser Rückgang beruht auf den im Nachtragshaushalt eingestellten zusätzlichen Tilgungsleistungen an den Bund.

Der Abstand zur Verfassungsgrenze ist ausreichend gewahrt.

Zentrales politisches Anliegen dieses Nachtragshaushalts ist die Sicherung des Unterrichts in unseren Schulen; ich erinnere an die Diskussion beim vorherigen Tagesordnungspunkt. In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Unterrichtsausfall in unseren Schulen aus unterschiedlichen Gründen droht. Deshalb mußte die Landesregierung handeln. Sie hat gehandelt.

(B)

Zur Vermeidung von Unterrichtsausfall wurde das Initiativprogramm "Schule NRW 1999/2000" beschlossen. Dafür sind im Entwurf des Nachtragshaushalts rund 61 Millionen DM vorgesehen. Diese Mittel werden zur Aufstockung des bewährten Programms "Geld statt Stellen" sowie zur Einrichtung eines Vertretungspools an den Grundschulen verwendet.

Weiter sollen mit dem Nachtragshaushaltsplan insgesamt 496 neue Lehrerstellen eingerichtet werden. Diese Stellen dienen der Ermächtigung zur Einleitung des Einstellungsverfahrens zum 1. Februar 2000. Für das laufende Haushaltsjahr ergibt sich hierdurch kein Besoldungsaufwand.

Dieser zentrale Ansatz im Nachtragshaushalt zeigt, daß die Landesregierung verantwortungsbewußt auf politisch bedeutsame kurzfristige Veränderungen reagiert.

Neben diesem zentralen politischen Anliegen regelt der Nachtragshaushalt weitere mehr technische Punkte.

So werden finanzneutral 40,2 Millionen DM vom EU-Wirtschaftsförderungsprogramm EFRE aus dem Einzelplan des MWMTV zum Arbeitsmarktprogramm ESF in den Geschäftsbereich des MASSKS umgeschichtet.

Für die Inanspruchnahme von Polizeikräften anderer Bundesländer im Zusammenhang mit der Tagung des EU-Rates am 4. und 5. Juni - also das, was schon hinter uns liegt - und des Weltwirtschaftsgipfels vom 18. bis 20. Juni werden zusätzlich 20 Millionen DM bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, der extreme Winter hat erhebliche Schäden an den Landesstraßen hinterlassen. Um eine rasche Schadensbeseitigung zu gewährleisten, werden weitere 20 Millionen DM für Erhaltungsinvestitionen sowie für Umbau- und Aufbaumaßnahmen bereitgestellt.

Nach dem Wohnungsbauförderungsgesetz ist das Land verpflichtet, außerplanmäßige Tilgungen von Wohnungsbaudarlehen in Höhe des Bundesanteils an den Bund abzuführen. Wegen der günstigen Entwicklung des Kapitalmarktzinses haben die Darlehensnehmer von der Möglichkeit außerplanmäßiger Tilgungen in einem nicht vorhergesehenen Umfang Gebrauch gemacht. Daher muß das Land Nordrhein-Westfalen weitere 39 Millionen DM der Tilgungsleistung an den Bund erbringen.

Die Mehreinnahmen bei den Gemeinschaftssteuern und der Grunderwerbsteuer erhöhen die Verbundgrundlage für den allgemeinen Steuerverbund mit den Gemeinden und den Gemeindeverbänden. Unter Berücksichtigung des Verbundsatzes von 23 % ergibt sich für das Gemeindefinanzierungsgesetz ein Mehrbetrag von 55 Millionen DM. Diese zusätzlichen Mittel werden als einmalige Zuweisungen für besondere Bedarfssituationen der Gemeinden und Gemeindeverbände verbraucht.

Mit den zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln wollen wir die Kommunen - hier spreche ich insbesondere für meinen verhinderten Kollegen Fritz Behrens - bei der Bewältigung aktueller Problemlagen unterstützen. Ich denke dabei nicht nur an vordringliche Probleme im Bereich der umweltverträglichen Sanierung von Schulen, sondern

(Minister Heinz Schleußer)

.) auch an Kindergärten und Jugendheime. Das Geld soll vor allen Dingen Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Das ist das gemeinsame Ziel, das wir erreichen wollen.

Um von vornherein keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Unterhaltung und Sanierung von kommunalen Gebäuden und Einrichtungen sind ureigene Aufgaben der Kommunen. Schließlich erhalten diese zur Erfüllung auch dieser Aufgaben jährlich Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschalen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Aus dieser Verpflichtung sollen die Kommunen nicht entlassen werden. Deshalb sind die bei § 21 des Gemeindefinanzierungsgesetzes eingestellten 55 Millionen DM eine zusätzliche Hilfe des Landes zur Bewältigung vordringlicher Probleme.

Die Mittel werden schnellstmöglich und ohne großen Verwaltungsaufwand nach einem pauschalen Schlüssel an die Kommunen verteilt. Die Städte, Gemeinden und Kreise brauchen dazu keine Anträge zu stellen; das Geld wird automatisch zugewiesen.

B) Meine Damen und Herren, es gibt nicht nur ausgabenerhöhende Positionen im Nachtrag. Der Entwurf enthält auch Ausgabenreduzierungen, die zur Deckung von Mehrausgaben verwendet wurden. Wesentliche Einsparungen sind: Durch die Einbeziehung der Mittel für den S-Bahn-Bau in den Deckungskreis der Regionalisierungsmittel konnten 21,5 Millionen DM eingespart werden. In Anpassung an den verminderten Zuzug von Aussiedlern konnten die Erstattungen von Unterbringung von Aussiedlern in Übergangsheimen um 15 Millionen DM zurückgenommen werden.

Meine Damen und Herren, mit dem Nachtragshaushalt weichen wir nicht vom Konsolidierungskurs ab; ich habe das schon gesagt. Die notwendigen Mehrausgaben sind solide gedeckt. Die Nettokreditemächtigung bleibt praktisch konstant. Die zur Deckung der Ausgaben nicht benötigten Steuereinnahmen wurden einer Rücklage zugeführt. Es ist eine solide Ergänzung des 99er Haushalts. - Ich bitte um gute Beratung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Das Wort hat Herr Kollege Dammeyer für die SPD-Fraktion.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD): Herr Präsident! (C) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzminister hat eben schon dargelegt: Der Kern dieses Nachtragshaushalts ist das Initiativprogramm "Schule NRW 1999/2000".

Wir begrüßen diese Initiative ausdrücklich, denn sie beruht auf einem Wunsch der SPD-Landtagsfraktion. Wir wollten, daß mit konkreten Maßnahmen ganz kurzfristig entstehender Unterrichtsausfall gezielt und flexibel bekämpft werden kann. Wir wollen unsere Politik zur Sicherung der Unterrichtsversorgung entschlossen fortsetzen, und wir wollen die Unterrichtsbedingungen gezielt verbessern.

Mit diesem Initiativprogramm können die Schuletats für 1999 und 2000 um insgesamt 330 Millionen DM aufgestockt werden; davon entfallen 61 Millionen DM auf den Nachtrag. Der Gesetzesentwurf der Landesregierung schafft bereits jetzt haushaltsrechtliche Voraussetzungen für zusätzliche Einstellungen, die 2000 realisiert werden können.

Meine Damen und Herren, mit diesem Initiativprogramm und dem Nachtragshaushalt wird ermöglicht, daß ein Vertretungspool für unsere Grundschulen aufgebaut wird. Um kurzfristigen und unvorhersehbaren Unterrichtsausfall flexibel und schnell abzufangen, werden 600 Lehrkräfte auf der Basis befristeter Angestelltenverträge zusätzlich eingestellt und bei den örtlichen Schülern eingesetzt. Sie werden dann an den Schulen zur Verwendung gestellt, die Unterrichtsausfall haben werden. (D)

Diese Einstellungen können nach der Verabschiedung des Nachtragshaushalts bereits ab Mitte September noch in diesem Jahr realisiert werden, so daß sich alsbald nach Unterrichtsbeginn des neuen Schuljahres jedenfalls die Grundschulen sicher sein können, daß auf der Ebene der Schulleiter Vertretungsmöglichkeiten vorhanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt 500 Einstellungen sollen auf zusätzlichen Plan- und Vorgriffsstellen zum 1. Februar 2000 erfolgen, und zwar vor allen Dingen an Grundschulen, an Hauptschulen, an Realschulen und Sonderschulen. Das ist auch erforderlich und sinnvoll, weil an kleinen Schulen dieser Art häufig die Schulleiter Aktivitäten während der Unterrichtszeit erledigen müssen. Da dadurch der Unterricht der Schulleiter ausfallen würde und weil

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (A) wir wollen, daß in diesem Zusammenhang kein Unterricht ausfällt, stellen wir Vertretungsunterricht zur Verfügung.

Die flexiblen Mittel, die für Vertretungsunterricht im Rahmen des Programms "Geld statt Stellen" bereits jetzt im Landeshaushalt vorhanden sind, werden wir von 112 Millionen DM auf 200 Millionen DM pro Schuljahr aufstocken. Anteilig werden noch für dieses Jahr 44 Millionen DM bereitgestellt, damit die Verstärkung schon im bevorstehenden Schuljahr greifen und der Unterrichtsausfall wirksam reduziert werden kann. Mit der Aufstockung um 200 Millionen DM haben wir die flexiblen Vertretungsmittel seit 1996 mehr als verdreifacht und damit den Schulen die Möglichkeit gegeben, flexibel auf ihre Schwierigkeiten reagieren zu können.

Die Kombination aus all dem, was ich soeben vorgetragen habe, entspricht einem Volumen von etwa 2.200 Lehrerstellen zusätzlich; das ist keine Kleinigkeit. Ich denke schon, daß das ein wichtiger Anstoß ist, um mit den Problemen, von denen beim vorherigen Tagesordnungspunkt die Rede war, so umzugehen, daß wir sie lösen können.

- (B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land Nordrhein-Westfalen ist stolz darauf, daß wir ein Schulsystem geschaffen haben, das überaus leistungsstark ist, das gute Qualitäten bewirkt und das ganz selbstverständlich auch einen hohen Leistungsstandard der Schüler gewährleistet.

Wir haben im Vergleich mit allen Bundesländern den geringsten Anteil von Schülern, die ohne Abschluß die Schule verlassen. Dabei ist immer noch jeder zuviel, der die Schule ohne Abschluß verläßt. Wir können aber schon darauf hinweisen, daß dies bei uns im Verhältnis zu allen anderen Ländern, die uns gelegentlich vorhalten, sie hätten ein so tolles Bildungssystem, am seltensten passiert.

Wir haben eine durchgängige zehnjährige Sekundarbildung als Normalität. Wir wollen daran auch festhalten. Wir haben eine hohe Abiturientenquote, wir haben eine hohe Anzahl von Absolventen mit Fachhochschulreife, wir haben ein ausgebauten Hochschulsystem, in dem die Absolventen beider Bildungsgänge studieren können, und wir haben ein gutes System von kurzen und langen Studiengängen in unseren Universitäten, Gesamthochschulen und Fachhochschulen. Wir gewährleisten damit, daß die Menschen in unserem Lande ihre Bildung voll erarbeiten können.

Als Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen übernahmen, lag die Abiturientenquote bei 7,5 % eines Jahrgangs. Wir haben diese ganz erheblich gesteigert, und wir wollen dabei bleiben. Wir sind stolz darauf, daß diese Steigerung zustande gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir erleben von der CDU, daß sie das zehnte Schuljahr für alle in Frage stellt, und wir erleben, daß sie die Zulassung zu weiterführenden Schulen mit einem Numerus clausus staatlich reglementieren will.

Anders kann man Ihre Initiativen nicht einstufen. Sie wollen dort wieder verstopfen, wo wir fördern und für unser Land ein generelles und durchgehendes Prinzip von Bildungspolitik durchgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, daß die Politik der CDU-Opposition hier im Lande nicht nur bildungspolitisch perspektivlos, ideenlos und rückwärtsgewandt, sondern ausdrücklich Gift für den Qualifikationsbedarf eines Industrielandes im Strukturwandel ist,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

das einen weiter wachsenden Bedarf an möglichst gut und umfassend ausgebildeten Menschen hat. Grundlage für die berufliche Qualifikation ist in jedem Fall eine gute Allgemeinbildung. Wir legen Wert darauf, daß junge Menschen in unserem Bildungssystem die Chance erhalten, so weit wie möglich zu kommen. Die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems, die hohe Bildungsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen, die geringere Anzahl von Absolventinnen bzw. Absolventen ohne Abschluß und ein überdurchschnittlich hoher Anteil an qualifizierten Abschlüssen bleiben eine wichtige Stärke Nordrhein-Westfalens bei der Bewältigung des Strukturwandels, der individuellen Entwicklung der Menschen und der generellen Entwicklung unseres Landes.

Weil wir die hohe Qualität schulischer Bildung in Nordrhein-Westfalen auch künftig sichern und angesichts steigender Anforderungen an die Schulen fortentwickeln wollen, investieren wir konsequent in Bildung und Wissenschaft.

Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das sollten Sie sich einmal bewußt vor Augen führen. Sie kommen doch gelegentlich damit, daß Ihr Landesvorsitzender ein so überaus fähiger Mensch für

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

(A) die Zukunft sei und in der Vergangenheit schon gewesen wäre. Sie sollten sich einmal vergegenwärtigen, wie die Bildungsentwicklung und die Ausgaben für Bildung im Vergleich zwischen Bundeshaushalt und Landeshaushalt sowie unter den unterschiedlichen Ministern ausgesehen haben.

Damit Sie das nachvollziehen können,

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

haben wir auf diesem Schaubild einmal einander gegenübergestellt, was wir im nordrhein-westfälischen Haushalt eingestellt haben und wie das im Bundeshaushalt aussah. - Die schwarze Kurve, die nach unten geht, bezieht sich auf die "Erfolge", die Ihr Herr Rüttgers im Bundeshaushalt zu verantworten hatte.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

So ein überaus erfolgreicher Versager ist er: Richtig schön nach unten geht die Kurve, nichts zustande gebracht! - Unter diesen Verhältnissen sind wir stolz darauf, wie wir die Entwicklung vorangebracht haben in unserem Lande angesichts all der haushaltmäßigen Schwierigkeiten, mit denen wir zu tun haben.

3) Finanzminister Schleißer hat schon auf die Enge des Haushalts hingewiesen. Das muß jeder, der hier redet, wiederholen. Denn das stimmt, und natürlich haben wir uns nicht leichtgetan, für einen Sektor ein zusätzliches Programm aufzulegen. Wir halten das aber für erforderlich, weil die Stärke unseres Landes davon abhängt, welche Qualität Bildung bei uns besitzt.

Wir handeln und reden nicht nur. Letzteres ist offensichtlich das Qualitätsmerkmal von Rüttgers, dem Menschen. Nein, das wäre ein Gegensatz. Rüttgers, der Versager - das paßt besser.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir tun etwas Gutes, wenn wir dieses Programm und diesen Nachtragshaushalt zügig beraten und dabei klarmachen, daß dies für die Schulen eine ganze Reihe von Verbesserungen und Erleichterungen mit sich bringt, und wir darauf achten, daß diese Erleichterungen tatsächlich bei den Schülerinnen und Schülern ankommen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Dammeyer. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Diegel. (C)

Helmut Diegel^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zunächst darüber gewundert, warum der Fraktionsvorsitzende der SPD selbst in die Debatte eingreift. Anfänglich hatte ich die Vermutung, er habe in der vorangegangenen Debatte seinen Einsatz zur Bildungs- und Schulpolitik verpaßt und brauchte jetzt seinen Auftritt. Dann allerdings hatte ich doch den Eindruck, daß er einen anderen Gesichtspunkt in den Vordergrund rücken wollte. Ich bin dankbar, daß Sie den hier so offen angesprochen haben: Sie wollten schon Wahlkampf betreiben.

Herr Dammeyer, seien Sie sich allerdings über eines im klaren: Sie können sich noch so sehr bemühen, Herrn Rüttgers herunterzureden; die Wähler werden ihn raufwählen. Wir sind nur noch 2 % von Ihnen entfernt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Den kann man nicht herunterreden; der ist schon unten!)

Insofern sollten wir uns dem Thema zuwenden, das Herr Schleißer in die Debatte eingeführt hat. Das ist von der Sache her geboten. (D)

Ohne Emotionen kann man Ihnen, sehr geehrter Herr Schleißer, zurufen: Kein Jahr Schleißer, kein Jahr ohne Nachtrag! - Fast kann man schon vom Nachtrags-Schleißer reden.

(Brigitte Speth [SPD]: Von was? - Lachen bei der SPD)

Herr Schleißer, in den letzten Jahren hat kein Haushaltsplan Bestand über ein Jahr gehabt. Sie waren jedesmal gezwungen, Nachträge einzubringen, jedesmal Nachbesserungen an Ihrem gerade zwei, drei, vier oder fünf Monate alten Plan vorzunehmen. Es hat allerdings - das unterscheidet den jetzt eingebrachten Nachtrag von früheren - noch nie einen Nachtrag gegeben, der dem Parlament so schnell und unkompliziert vorgelegt worden wäre. Hier wurde nicht lange angekündigt, nicht lange versprochen. Der Nachtrag wurde eingebracht. Herr Schleißer, dafür bedanken wir uns außerordentlich.

(Brigitte Speth [SPD]: Na also! - Hans Frey [SPD]: Sehr gut!)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Schauen wir in den Nachtrag, erkennen wir allerdings auch, warum das so unkompliziert ging.

(Brigitte Speth [SPD]: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Herr Schleißer wollte positive Botschaften verkünden. Er hat 300 Millionen DM Mehreinnahmen zu verkaufen. Das ist eine positive Nachricht, die er gar nicht schnell genug an den Mann bringen konnte.

(Zuruf von der SPD: An die Frauen auch! - Hans Frey [SPD]: 180 Millionen DM kommen in die Rücklage!)

Herr Finanzminister, das verstehe ich. Das ist auch legitim.

Aber, meine Damen und Herren, jeder in diesem Hause kennt diesen Finanzminister. Wenn er eine solche Tat so flugs und eilig im Parlament einbringt, muß man auch hinter die Zahlen schauen und fragen: Warum hat er es möglicherweise so eilig gehabt? Herr Schleißer, Sie wissen es genauso gut wie ich: Sie hatten einen guten Grund dafür, das noch vor der Sommerpause zu tun, um nämlich möglichst schnell vergessen zu machen, daß Ihnen die Mai-Steuerschätzung eigentlich ermöglicht hätte, nicht nur 300 Millionen DM Mehreinnahmen vorzustellen, sondern sogar 600 Millionen DM.

(B)

Sie sind ein kluger Mensch. Manche sagen: ein schlauer und listiger Fuchs. Ich weiß nicht, ob Sie Ihren Kabinetts- und Fraktionskollegen mitgeteilt haben, daß die Mai-Steuerschätzung umgerechnet 2,7 Milliarden DM an Mehreinnahmen für die Länder vorsieht, was bei einem 22%igen Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen 600 Millionen DM für Nordrhein-Westfalen entspricht. Herr Schleißer, Sie müßten diesem Parlament erklären, warum Sie 300 Millionen DM weniger einplanen.

Mir ist es zuwenig, wenn Sie erklären, Sie trauten diesem Frieden nicht. Es wäre nämlich das erste Mal, daß Sie einer Steuerschätzung nicht trauten. Den Steuerschätzungen unter dem Bundesfinanzminister Waigel haben Sie getraut. Die haben Sie 1:1 umgesetzt. Die von Herrn Lafontaine oder Herrn Eichel setzen Sie hier nicht um?

Ich stelle schlichtweg fest, Herr Finanzminister, daß da wohl noch ein paar andere Hintergründe eine Rolle spielen. Und, Herr Dammeyer, die kön-

nen auch in Ihrer Fraktion liegen. Möglicherweise will der Finanzminister keine weiteren Begehrlichkeiten in Ihrer Fraktion oder bei den GRÜNEN wecken. Das kann einer der Gründe sein. Dann sollte er es aber auch offen sagen.

(Brigitte Speth [SPD]: Alles Spekulation!)

- Das hat mit Spekulation nichts zu tun. Möglicherweise sind das redliche Gründe, nur sollte er sie hier ehrlich einbringen, Frau Speth.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Sie mutmaßen doch über all diese Gründe nur!)

Weitere Gründe kann ich Ihnen nennen: Er macht möglicherweise auch schon Wahlkampf wie Herr Dammeyer und will für das nächste Jahr ein positives Ergebnis.

(Zuruf der Brigitte Speth [SPD])

Darin brauchen wir uns gar nicht zu ergehen, Frau Speth. Ich denke, Sie und Herr Dammeyer und die SPD-Fraktion wissen das viel besser als ich.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Dann halten Sie sich zurück!)

Was mich in dem Zusammenhang ärgert, ist, daß er damit leider Gottes auch wieder die Gemeinden betuppt. Den Gemeinden stehen nämlich bei den 300 Millionen DM nur die Hälfte an sogenannten Erhöhungsanteilen des Gemeindeanteils zu, als wenn er die 600 Millionen DM ausgewiesen hätte. Und das, denke ich, ist nicht legitim. Dies muß offen angesprochen werden, und zwar nicht nur von den Gemeindevertretern, den Gemeindeverbänden, den Kommunen und von der CDU, sondern insbesondere auch von den kommunalpolitischen Vertretern in Ihren Fraktionen, in den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vor allem auch der SPD. Ich halte es nicht für redlich, Herr Finanzminister, diesen Trick auf dem Rücken der Kommunen auszutragen, und fordere Sie auf, die richtige Zahl einzustellen und nicht nur die Hälfte von dem, was das Land Nordrhein-Westfalen zu erwarten hat.

Die zweite wesentliche Botschaft, die wir aus Ihrem Nachtrag erkennen können ---

(Zuruf des Ministers Heinz Schleißer)

- Nein, Herr Schleißer. Wenn Sie das jetzt meinerseits so offen angesprochen haben wollen: Ich denke, es ist auch ein Gebot der Haushaltswahr-

(Helmut Diegel [CDU])

(A) heit und -klarheit, hier die richtigen Zahlen und nicht nur die Hälfte zu präsentieren.

(Minister Heinz Schleußer: Richtig! Das würde ich auch tun.)

Wenden wir uns noch einem weiteren wichtigen Gesichtspunkt zu, nämlich dem Gesichtspunkt der Steuereinnahmen und der sogenannten dann wieder von Ihnen vertretenen Ausgaben. Sie erwähnen u. a., im Landesstraßenbau sei etwas vorgesehen, im Fluggastkontrolldienst sei etwas vorgesehen usw. Manche Positionen mögen berechtigt sein, aber, so glaube ich, nicht alle. Denn wenn Sie die CDU-Anträge aus dem letzten Jahr vollzogen hätten, hätten Sie drei Viertel dieser Maßnahmen nicht als Ausgaben einstellen müssen. Das Thema Fluggastkontrolldienst beispielsweise war ein langwieriges im Unterausschuß Personal. Sie werden im Ausschuß erklären müssen, warum es hier plötzlich einen Bedarf gibt. Es ist auch nicht erklärlich, warum für die polizeilichen Sicherungsmaßnahmen des "Köln-Gipfels" plötzlich über 20 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden müssen; denn auch der Gipfel war zum Zeitpunkt der letzten Haushaltsberatungen längst bekannt. Können Sie nicht mehr rechnen? Ich will das nicht vertiefen, aber diesbezüglich gibt es Nachfrage- und Erklärungsbedarf im Fachausschuß.

(B) (Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Lassen Sie mich noch zu dem von Herrn Dammeyer angesprochenen Punkt kommen: Es ist legitim und wichtig, ihn in der Prioritätensammlung insbesondere bei den Ausgaben oben anzusiedeln. Denn es tut Not und ist ein wichtiges Signal, daß sich auch die SPD im Bereich "Schule" bewegt.

Aber, Herr Dammeyer, habe ich Sie etwa richtig verstanden, daß Sie erklären, indem Sie rund 60 Millionen DM zur Finanzierung von Aushilfskräften an Schulen zur Verfügung stellen, hätten Sie die Schulprobleme gelöst? Haben Sie gelöst, daß es weiterhin Unterrichtsausfall gibt? Haben Sie hier etwa verkündet, haben Sie die Botschaft ins Land geschickt, daß die Klassen kleiner würden? Meine Damen und Herren und Herr Dammeyer, Herr Rüttgers hat recht, daß es ein Skandal ist, daß die Klassen immer größer werden, und daß es ein noch größerer Skandal ist, daß die Eltern wegen des Unterrichtsausfalls über 400 Millionen DM für den Nachhilfeunterricht

bezahlen müssen. Das ist der eigentliche Skandal, und zur Abhilfe tragen Sie nichts bei! (C)

(Hans Frey [SPD]: Die Zahl hat sich aber seit 20 Jahren nicht verändert!)

Wir sind der Auffassung, daß das, was Sie hier mit den 60 Millionen DM betreiben, nichts anderes als Flickschusterei ist; ganz abgesehen einmal von dem unseligen Schauspiel zwischen Frau Behler und Herrn Schleußer, wobei ich Herrn Schleußer recht gebe: Das Landesinstitut müßte geschlossen werden, hätte längst geschlossen werden sollen - eine alte Forderung der CDU. Das Ganze ist eine Mogelpackung. Wir werden es erleben: Es wird in diesem Lande weiterhin Unterrichtsausfall geben, und das zum Schaden unserer Kinder. Ich hoffe, die Eltern werden Ihnen dies am 14. Mai nächsten Jahres honorieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Sagel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Bevor ich zu den einzelnen Aspekten dieses 99er Nachtragshaushalts aus der Sicht der GRÜNEN komme, möchte ich einiges vorausschicken und außerdem auf die Spitzen und Anwürfe von seiten der CDU und von Herrn Diegel eingehen. (D)

Zunächst einmal: Ich finde es sehr positiv, daß es uns gelungen ist, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen.

(Beifall des Hans Frey [SPD])

Mit der Bereitstellung der Lehrerstellen sind wir allerdings auch an die Grenze dessen gegangen, was noch finanzierbar ist. Wir müssen dies in den zukünftigen Haushalten sichern. Im Koalitionsvertrag hatten wir bereits die Aufstockung um jährlich 1.000 zusätzliche Lehrerstellen in den nächsten Jahren festgeschrieben, denn der Bedarf war evident.

Wenn Sie von der CDU jetzt Kritik üben, kann ich Ihnen nur entgegenhalten: Sie sind diejenigen, die hier ständig ein Wahlkampfgetöse entfachen. Sie sind es, die jede Woche mit genauso inhaltsleeren

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) wie undurchdachten Vorschlägen daherkommen. Ihre unqualifizierten Fraktionsanträge, mit denen Sie hier oft genug praktische Schritte und die positive Weiterentwicklung des Landes aufzuhalten versuchen, sind dafür ein sich ständig wiederholendes Beispiel, ja, man kann eigentlich sogar schon von einem Ritual sprechen. Gerade beim Thema HDO und Parlamentarischer Untersuchungsausschuß hatten wir wieder dieses Erlebnis der wenig besonderen Art.

Genauso verhält es sich mit Ihren Haushaltsanträgen. Fehlende Deckung heißt: unfinanzierbar. Ihre Vorschläge sind genauso destruktiv und schwarz wie Sie. Sie werfen selbst in einem dunklen Kohlekeller noch einen Schatten.

Doch nun zum eigentlichen Thema dieses Tagesordnungspunktes. In den letzten Jahren haben wir bei den Steuern deutliche Einnahmever-schlechterungen zu bilanzieren. Seit Mai 1995 und dem Antritt der rot-grünen-Koalition in NRW hat sich in unserem Land eine Einnahmever-schlechterung bis zur Steuerschätzung 1999 von 9 Milliarden DM ergeben. Dies ist auf die verfehlt-e Politik der alten, CDU-geführten Bundesregie-rung zurückzuführen, die durch ihre Politik eine immer höhere Erblast aufgetürmt hat und durch Steuersenkungen, Abschaffung der Vermögen-steuer und verschiedene weitere Maßnahmen auch die Lage des NRW-Haushalts und der übr-igen öffentlichen Haushalte maßgeblich negativ beeinflusst hat.

(B)

Die Zinsen- und Schuldenlast des Bundes liegt mittlerweile bei 21,7 %. Das heißt, jede fünfte Mark wird für Schulden ausgegeben. Es wird höchste Zeit, daß hier eine Trendwende stattfin-det.

Deswegen möchte ich zunächst einmal positiv vorstellen, daß die jetzige Steuermehreinnahme von 300 Millionen DM als ausgesprochen positiv zu verbuchen ist. Die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung für 1999 führen zu dieser Ein-schätzung. Ebenso positiv ist, daß der Saldo von Mehreinnahmen und Mehrausgaben nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung 124,7 Millio-nen DM beträgt. Das heißt, wir können der all-gemeinen Rücklage einen großen Einnahmeüber-schuß zuführen. Hier wäre auch eine Variante zur Senkung der Nettoneuverschuldung möglich ge-wesen. Wir finden aber auch den Vorschlag des Finanzministers akzeptabel.

An dieser Stelle möchte ich zu den verschiedenen Punkten des Nachtragshaushalts einige wesentli-

che Aspekte herausgreifen. Aufgrund verschiede-ner, erst nach Verabschiedung des Haushalts 1999 bekanntgewordener Sachverhalte wie ins-besondere die Umwidmung von Mitteln des EU-Programms zum Arbeitsmarktprogramm ESF und 39 Millionen DM außerplanmäßige Tilgung von Wohnungsbaudarlehen, die an den Bund abzufüh-ren sind, muß der Haushaltsplan geändert wer-den. Auch die Polizeieinsätze anlässlich des EU- und des Weltwirtschaftsgipfels in Köln sollen auch nicht unerwähnt bleiben.

Die Zuweisungen an die Gemeinden im Rahmen des Steuerverbundes werden durch Änderung des GFG an das veränderte Finanzvolumen ange-paßt. 55 Millionen DM abzuführende Mittel wer-den für die Sanierung öffentlicher Gebäude zur Verfügung gestellt. Wir haben für die Nachbesse-rung an Schulgebäuden bereits 15 Millionen DM bereitgestellt, ohne daß dies verpflichtende Lan-desaufgabe ist. Jetzt wird noch einmal einiges mehr zum Erhalt der öffentlichen Gebäudesub-stanz bereitgestellt.

Ich appelliere an dieser Stelle auch an die Kom-munen, in ihren Bemühungen um einen Konsoli-dierungskurs nicht nachzulassen, denn auch das Land Nordrhein-Westfalen lebt bereits über seine finanziellen Ressourcen.

Als GRÜNE begrüßen wir außerordentlich das Initiativprogramm Schule. Für uns gab es schon lange genügend Hinweise, daß das Unterrichts-versorgungskonzept unzureichend ist und Unter-richtsausfall programmiert ist. Wir sind mit der SPD der Meinung, daß wir dringenden Hand-lungsbedarf haben, um dem Unterrichtsausfall entgegenzuwirken.

Wir begrüßen daher die Maßnahme der Aufstok-kung bei "Geld statt Stellen" um 44 Millionen DM. Dies entspricht einem Stellenumfang von 1.000 Stellen. Weiterhin begrüßen wir die Ein-richtung eines Vertretungspools für Grundschulen von 600 Stellen. Dies halten wir für besonders wichtig, da Vertretungen in Grundschulen als kleine Systeme sehr schwierig zu organisieren sind. Gerade für die jüngeren Kinder an den Grundschulen sind aber verlässliche Unterrichts-zeiten zu gewährleisten, da sich vor allem beruf-s-tätige Eltern darauf verlassen müssen. Selbstver-ständlich werden diese Maßnahmen auch auf die Ersatzschulen übertragen.

Dies ist sicherlich ein außerordentlicher Kraftakt angesichts der Haushaltslage. Nicht zuletzt der Landesrechnungshof hat mit seinem Sparappell

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) vor ein paar Tagen noch einmal auf die schwierige Situation hingewiesen. Trotzdem haben wir den Schulbereich als prioritäre Aufgabe deutlich gestärkt. Der fortwährenden Kritik der CDU, wir täten in diesem Bereich zu wenig, widerspreche ich hiermit vehement.

Ich möchte einmal deutlich machen, wie die Schulpolitik in der Realität aussieht, wenn sie an der Regierung ist. Die CDU in Hessen hat Großes angekündigt und sogar eine sogenannte Unterrichtsgarantie gegeben, um neue Stellen zu schaffen. Faktisch sah das aber dann so aus: Die Christdemokraten haben die Lasten nur in unzulässiger Weise innerhalb des Bildungsbereichs umverteilt. Ausländische und behinderte Kinder wurden benachteiligt. Der integrative Unterricht wurde drastisch zurückgefahren. So eine Politik nenne ich eine platte Mogelpackung zu Lasten der schwächsten Gruppen. Man kann es aber auch Wählerbetrug nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, daß wir im Schulbereich noch weiteren Verbesserungsbedarf sehen und das als GRÜNEN-Fraktion auch konkret angehen wollen. An dieser Stelle ist folgendes zu nennen: Wir brauchen eine flexiblere Schulverwaltung, mehr Entscheidungsspielräume für die einzelnen Schulen und auch bei der Personalbewirtschaftung. Wir brauchen auch einen Umbau in der Schulaufsicht und eine Durchforstung der Schulverwaltungsvorschriften auf wesentliche Kernelemente.

(B) Damit möchte ich es an dieser Stelle zum Thema "Schule" bewenden lassen und nun noch zu einem weiteren wesentlichen Thema des Nachtragshaushaltes kommen, nämlich der Verkehrspolitik.

Der Entwurf des Nachtragshaushalts 1999 sieht eine Erhöhung der Straßenbauinvestitionen zu Lasten der S-Bahn-Mittel vor. Dieser Deckungsvorschlag ist aus haushalts- und verkehrspolitischer Sicht nicht akzeptabel. Wir weisen einen Bedarf zur Behebung von Winterschäden nicht von der Hand; das muß dann aber aus dem Straßenneubautitel finanziert werden. Wir halten die vorgesehene Umschichtung für keine gute Lösung. Zwar haben wir Verständnis dafür, daß kleinere Maßnahmen, insbesondere zur Verkehrssicherheit, aus dem Einzelplan 08 finanziert werden. Dann muß man aber alle Positionen auf Einsparmöglichkeiten untersuchen und nicht nur die Regionalisierungsmittel als Steinbruch eröffnen.

(C) Unsere Fraktion sieht daher Änderungsbedarf am Entwurf mit folgenden Zielsetzungen: Wir wollen die Zweckentfremdung von S-Bahn-Mitteln bzw. Regionalisierungsmitteln für den Straßenbau nicht. Die Finanzierung dringend notwendiger Erhaltungsmaßnahmen im Landesstraßennetz und kleiner Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit soll zu Lasten des Straßenneubautitels erfolgen. Wir lehnen aber auch eine Erhöhung des Landesstraßenneubautitels um 2,5 Millionen DM ab. Ein Bedarf für Einzelmaßnahmen in dieser Größenordnung kann nur innerhalb des Bauprogramms 1999 gedeckt werden. Das heißt, es müssen andere Maßnahmen gestreckt werden.

Die Infrastruktur der Regionalbahnunternehmen in Nordrhein-Westfalen erfordert eine Aufstockung der Zuschüsse. Im S-Bahn-Bereich gibt es großen Bedarf. So wird z. B. die "S 13" Köln - Aachen mit Hochdruck gebaut. Das heißt, wir verbrauchen mit den Regionalisierungsmitteln für die Modernisierung von Bahnstrecken usw. Das kann so nicht sein.

Unser Appell lautet dabei: Die Infrastruktur darf nicht dauerhaft gefährdet werden. Über diesen gesamten Bereich muß daher aus unserer Sicht intensiv geredet werden, denn die aufgeworfenen Probleme machen deutlich, daß die vom Finanzminister vorgeschlagenen Lösungsansätze aus fachpolitischer Sicht noch keine zufriedenstellende Variante sind. (D)

Ich möchte nun noch zu einem weiteren Punkt kommen, bei dem wir aus grüner Sicht bereits bei diesem Nachtragshaushalt einen dringenden Handlungsbedarf sehen. Das Bundesgesundheitsministerium hat das Einfuhrverbot für Geflügel und Eierprodukte aus Belgien um Schweine- und Rindfleischzeugnisse sowie Milch erweitert. Es haben sich aber - und das ist bei dem neuerlichen Lebensmittelkandal sehr deutlich geworden - Notwendigkeiten ergeben, denen jetzt Rechnung getragen werden muß.

Unsere NRW-Umweltministerin hat schnell, umsichtig und vorausschauend auf die Gefährdung der Verbraucherinnen reagiert. Wir müssen aber auch für die Zukunft vorbeugen und sofort ein verbessertes Kontrollsystem einrichten. Es reicht nämlich nicht aus, eine schwarze Liste mit besonders gefährdeten Produkten vorzulegen, wie es das belgische Gesundheitsministerium macht. Wir brauchen eine schnelle Einsatzgruppe, die in Krisenfällen sofort tätig wird. Wir brauchen auch verstärkt vorbeugende Kontrollen für Futter und

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

- (A) Lebensmittel, die einen sicheren Verbraucherschutz gewährleisten. Wir wollen daher in diesem Nachtragshaushalt die notwendigen Mittel für Instrumente und die Personalkosten bereitstellen, um den Schutz der Verbraucherinnen tatsächlich garantieren zu können.

Alles in allem sind wir der Meinung, daß dieser Nachtragshaushalt in die richtige Richtung weist. Wir sind nicht mit allem einverstanden und haben durchaus noch Diskussionsbedarf. Dafür wird in den Ausschüssen noch genügend Gelegenheit sein. Wir stimmen natürlich der Überweisung zu.
- Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche nicht, weil ich glaube, die Sitzung müßte unnötig fortgesetzt werden, sondern, Herr Kollege Diegel, um etwas richtigzustellen, bevor sich etwas festsetzt. Herr Diegel, Sie sagten, der Finanzminister hätte viel mehr Steuereinnahmen einstellen können.

(B)

(Helmut Diegel [CDU]: Müssen!)

- "Müssen" sagen Sie jetzt sogar. Dazu sage ich: Wie Sie auf eine solche Rechnung kommen, ist Ihnen vorbehalten. Regulär hat das nichts miteinander zu tun. Die Länder haben im Jahr 1999 4,9 Milliarden DM höhere Steuereinnahmen. Davon erhalten die beiden Länder Bremen und Saarland 3,4 Milliarden DM, so daß für die übrigen Länder 1,5 Milliarden DM bleiben. Nach der Ihnen bekannten Faustformel, wie das gerechnet wird, sind das 20 % von 1,5 Milliarden DM, also 300 Millionen DM.

(Zustimmung von Reinhold Trinius [SPD])

Es ist also exakt das eingestellt worden, was Steuerschätzung und die Regionalisierung hergeben haben.

Nun meine letzte Anmerkung zu dem von Ihnen Dargestellten: Sie sagten, es gäbe kein Jahr ohne einen Nachtragshaushalt des Finanzministers. Erstens ist es die Pflicht des Finanzministers, sich neu ergebende Tatbestände in einen Haushalt einzubringen, damit das Parlament und auch der Herr Diegel darüber diskutieren und dazu Anmer-

kungen machen können. Der zweite Grund besteht in folgendem: Noch nie hat die CDU so lange gebraucht wie in diesem Jahr, vom Finanzminister einen Nachtragshaushalt zu wünschen.

(Heiterkeit bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Sonst fangen Sie immer schon im März an mit den Fragen, wann der Nachtrag kommt. Nun ist er im Juni da, aber das ist Ihnen jetzt zu früh. Ich verstehe manchmal nicht mehr die CDU-Welt. Aber das ist nicht mein Problem.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Leifert für die Fraktion der CDU.

Albert Leifert¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja erfreulich, wenn im Nachtragshaushalt mehr Geld zur Verfügung steht. Wer will das bestreiten? Das Geld kommt vom Steuerzahler, das Geld kommt aus der Wirtschaft, das Geld kommt aus guten politischen Rahmenbedingungen. Sie, Herr Finanzminister, haben uns gerade erklärt: Zu Beginn des Jahres 1999 seien die Steuereinnahmen stärker als vorher angenommen gestiegen. Das kommt aus den guten politischen Rahmenbedingungen und der daraus gestiegenen Wirtschaftskraft und dem Wirtschaftswachstum

(Zustimmung bei der SPD)

im Jahr 1998. - Das kommt also von der alten Regierung Kohl.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig haben Sie hier verkündet: Ende des Jahres 1999 würden natürlich Einbrüche erwartet. Sie wären sich nicht sicher, ob sich die gute Lage halten würde. Das kommt aus den kurz vorher vorhandenen politischen Rahmenbedingungen, das kommt aus der Wirtschaftskraft, das kommt aus der "goldenen Regentschaft" von Lafontaine und Schröder. Das ist schlicht und einfach die Lage.

Der Kollege Diegel hat Zahlen angemahnt. Darüber will ich hier nicht streiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Albert Leifert [CDU])

- A) - Das ist auch nicht meine Aufgabe als Kommunalpolitiker. Ich sage nur: Wenn Nachtrag, dann richtig. Dabei sollte man bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Seit einigen Jahren neu in diesem Parlament sind aber Nachtragsgemeindefinanzierungsgesetze. Diese kannten wir früher nicht. Ich sage deutlich: Ich bin auch kein Freund von Nachtragsfinanzierungsgesetzen, selbst dann, wenn kommunale Spitzenverbände das ab und an in manchen Jahren verlangen, weil die Zahlen für sie positiv aussehen. Es gibt auch Jahre, da sehen die Zahlen für sie negativ aus. In den weit über zehn Jahren, die ich in diesem Parlament erlebt habe ohne Nachtragsfinanzierungsgesetze, war das sehr ordentlich. Die Gefahr bestand bloß immer darin, daß der Finanzminister, wenn die Abrechnungsbeträge hoch waren, zugriff und das Gemeindefinanzierungsgesetz plünderte.

(Reinhold Trinius [SPD]: Wie bitte? Wir haben vorfinanziert!)

- Ach, vorfinanziert haben Sie selten. Sie verschätzen sich immer so, daß es paßt.

Der entscheidende Mangel in den Gemeindefinanzierungsgesetzen, Herr Kollege Trinius, besteht in der willkürlichen Festsetzung der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen. Sie deckeln diese schlicht und einfach bei plus 3 %. Ab und an, wie im letzten Jahr, legen Sie einen Abrechnungsbetrag vorzeitig drauf, damit die Zahl dann wieder schöner wird. Diese Summe ziehen Sie in diesem Jahr wieder ab.

- B) Die Datenlage für das Gemeindefinanzierungsgesetz ist außerordentlich dürftig. Wir haben einseitige Erläuterungen bekommen. Darin steht, daß die 55 Millionen DM in § 21 GFG für Maßnahmen des besonderen Bedarfs ausgegeben werden sollen. Es hat heute vom Finanzminister einen weiteren Satz zur Begründung gegeben, wonach diese Mittel zur Bewältigung vordringlicher Probleme im Bereich Kindergarten und Schule eingesetzt werden sollen. Ansonsten liegt zum augenblicklichen Zeitpunkt nichts detailliert vor.

Es liegt nichts als Erklärung dazu vor, warum man dieses Geld nicht den Schlüsselzuweisungen zuschlägt, damit das Geld im Verwaltungshaushalt - insbesondere der notleidenden und strukturschwachen Städte - zusätzliche Einnahmekraft erzeugt. Warum schlägt man, wenn das nicht sein soll, dieses Geld nicht der allgemeinen In-

vestitionspauschale zu, die vor vergangenen Jahren heftig gekürzt worden ist, im letzten Jahr zwar wieder aufgestockt worden ist, aber nicht auf den ursprünglichen Stand? Auch das will man nicht. Nein, man will ein Sonderprogramm. (C)

Deshalb stockt man den § 21 GFG um 231 % auf, ohne uns vor der ersten Lesung zu sagen, was überhaupt geplant ist, wohin es gehen soll.

(Beifall bei der CDU)

Der Minister sagt lediglich einen nebulösen Satz dazu. Ich weiß, was das soll. Mit diesen 55 Millionen DM wollen Sie vor dem 12. September 1999 über die Lande ziehen und gute Stimmung zur Kommunalwahl machen. Dies sind 55 Millionen DM für ein Wahlkampfprogramm - sonst nichts!

Wir müßten vorher oder wenigstens im Ausschuß folgendes genau wissen: Wozu soll dieses Geld verwendet werden? Welche Parameter werden bei der Verteilung angelegt? Wer kommt in den Genuß des Geldes? Aber Sie wollen nichts anderes als es für Kommunalwahlwohltaten, Wahlkampfwerbung: www wie im Internet. Zum 12. September ziehen dann also rot-grüne Abgeordnete segnend durchs Land und verbreiten die Wohltaten mit dem Geld der Steuerbürger, nur um die schlechte Stimmung, die für die Roten und die Grünen allgemein im Lande herrscht, noch ein bißchen aufzubessern. (D)

Wir wollen, daß Sie mit diesen 55 Millionen DM entweder die Schlüsselzuweisungen und/oder die allgemeine Investitionspauschale aufstocken, wenn Sie denn meinen, daß eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen nicht möglich ist. Das wäre eine Entscheidung, die die kommunale Selbstverwaltungshoheit achtet und die kommunale Selbstentscheidungskraft stärkt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben nämlich wie Kollege Grevener gestern beim Rettungsdienst Vertrauen und nicht Mißtrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Wir glauben, daß Kommunalpolitikerinnen und -politiker vor Ort mit dem Geld verantwortungsvoll gegenüber Bürgerinnen und Bürgern umgehen - wie mit dem Rettungsdienst, Herr Kollege Grevener. Deshalb entscheiden wir uns für Leistungen an die Gemeinde, über die sie selbst bestimmen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- (A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 12/3972** an den **Haushalts- und Finanzausschuß** - federführend - sowie an die **zuständigen Fachausschüsse** zur Mitberatung. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir das so **beschlossen.**

Ich rufe auf:

6 Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule (GÖS) - Perspektiven der Weiterentwicklung des Landesprogramms

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3990

- (B) Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erster Rednerin Frau Kollegin Gödecke für die SPD-Fraktion das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was haben eigentlich die Schlagzeile des "Westfälischen Anzeigers" vom 2. Juni 1999 "CDU in NRW will mitten ins Leben" und das Unterrichtskonzept "Partner für die Praxis" der technisch-gewerblichen Berufskollegs der Stadt Arnberg aus dem Jahre 1994/95 gemeinsam? Auf den ersten Blick sicher gar nichts. Denn die Schlagzeile der letzten Woche beschreibt eine nicht sehr neue und wenig originelle Wahlkampfstrategie der CDU-Landtagsfraktion. Die Berufskollegs in Arnberg dagegen verwirklichen ein Kooperationsmodell für die Kfz-Mechaniker-Ausbildung, in dem sich Schule und Ausbildungsbetriebe gemeinsam erfolgreich engagieren.

Und doch, so erstaunlich es ist, es gibt ein gemeinsames Grundprinzip, nämlich das der **Öffnung nach außen.** Die CDU will überall im Land ein Netzwerk von Kontakten und Verbindungen knüpfen, weil - so der Fraktionsvorsitzende - die

CDU rausmüsse aus dem Landtag. In der gleichen Doppeldeutigkeit will ich Ihnen, Herr Meyer, sagen: Das wird auch Zeit!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Richtig!)

Wäre die CDU-Fraktion keine politische Vereinigung, sondern eine der über 6.000 Schulen unseres Landes, dann hätte sie durchaus für dieses Projekt "Öffnung in das Lebensumfeld hinein" zur Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit eine Landesförderung aus dem Initiativprogramm GÖS "Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule" beantragen können. Ob Sie allerdings mit dem vergleichsweise geringen und durchaus bescheidenen Landeszuschuß, der bei Schulen projektabhängig maximal 5.000 DM beträgt, die gleichen und nachhaltigen Erfolge wie unsere Schulen erzielen könnten, bleibt zu bezweifeln.

GÖS ist ein Initiativprogramm des Landes, das Schulen bei der Weiterentwicklung ihrer Arbeit konzeptionell und finanziell unterstützt. Das gilt insbesondere für die Arbeit mit außerschulischen Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Vereinen, Verbänden, Institutionen, Einrichtungen und Kommunen. Außerdem unterstützt GÖS die Unterrichtsgestaltung an außerschulischen Lernorten. Erklärtes Ziel von GÖS ist es, Schulen stärker nach innen und außen zu öffnen und damit praxisnahes Lernen zu fördern. Dazu sollen und werden auch Experten, die nichts mit Schule zu tun haben, in den Unterricht einbezogen.

Konkret auf das schon erwähnte Arnberger Beispiel angewendet, bedeutet das, daß einerseits Schülergruppen während des Berufsschulunterrichts in Kfz-Werkstätten Praxisübungen durchführen und andererseits Fachleute aus den Betrieben in den Berufskollegs referieren. Das ist ein Beispiel dafür, wie mit Hilfe von GÖS Gestaltungsräume sowohl nach innen als auch nach außen geöffnet und genutzt wurden, mit die Ziel, die Qualität und die Ergebnisse der Ausbildung, also des Lernens, zu steigern.

Bereits 1988, in der Geburtsstunde dieses Landesprogramms, hat der damalige Kultusminister den Kerngedanken sehr anschaulich beschrieben:

"Wenn das Lernen vielfältiger, abwechslungsreicher und durchschaubarer wird, dann trägt dies auch zu einer Verbesserung der Lern- und Leistungsbereitschaft bei. Die Vielfalt schulischer Arbeits- und Lernprozesse und die Ausweitung der Handlungsfelder geben den Schü-